Opłacono ryczałtowo.

Einzelpreis 0,50 zł bezw. 0,25 Gmk.

Wirtschaftskorrespondenz für POLEN

Anzeigenannahme für Deutschland: Kurt Walde, Breslau I.

scheint jeden Mittwoch und Sonnabend. Bezugspreis in Polen 4 Złoty, im Ausland 2,00 Goldmark monatlich ausschließlich Bestellgeld, freibleibend.
Redaktion, Verlag und Administration Katowice, Warszawska 27 Telefon 168, 1998. Chefredakteur: Dr. Franz Goldstein, Katowice

Organ der „Wirtschaftlichen Vereinigung für Polnisch-Schlesien"

Anzeigenpreise nach festem Tarif. Bei jeder Beitreibung und bei Konkursen fällt jeglicher Rabatt fort.
Erfüllungsort: Katowice, Wojewodschaft Schlesien.
Bankverbindung: Diskontogesellschaft Katowice und Beuthen P. K. O. Nr. 304238 Katowice

Durch höhere Gewalt, Aufruhr, Streiks und deren Folgen hervorgerufene Betriebsstörungen begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises oder Nachlieferung der Zeitung. Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Jahrg. V | Katowice, den 11. Februar 1928 | Nr. 13

Der Minister für Industrie und Handel über Valorisierung der Zölle.

Im Ministerium für Industrie und Handel fand eine Presse-Konferenz statt, in der Minister Kwiatkowski ein längeres Referat über die Handelsbilanz hielt.

Auf Anfrage in der Angelegenheit der Valorisierung der Zölle erklärte der Minister, daß er hierauf keine Antwort erteilen könne, da diese Gegenstand gründlicher Arbeit und Erhebung der einzelnen Kommissionen sei, und in den einzelnen Ministerien eine verschiedene Ansicht darüber herrsche. Bis zur Uebereinstimmung dieser Ansichten enthalte er sich einer Stellungnahme.

Gleichzeitig bemerken wir, daß laut Mitteilungen, die wir von maßgebender Stelle erhielten, über die Valorisierung der Zölle bis zur Stunde nichts Positives feststeht.

Die Notwendigkeit der Richtigstellung des Handelsregisters in Oberschlesien.

Seit längerer Zeit macht sich die Notwendigkeit der Richtigstellung des Handelsregisters in Oberschlesien und zwar dessen Angleichung an den faktischen Zustand immer mehr bemerkbar. Diese überaus wichtige Materie behandelt St. Szczytnicki, Mitarbeiter der Handelskammer in Katowice, in einem uns vorliegenden Artikel. Er weist darin auf die überaus große Bedeutung des Handelsregisters im Wirtschaftsleben hin; diese Aufgabe könne das Handelsregister jedoch nur dann erfüllen, wenn eine Uebereinstimmung der Eintragungen mit dem wirklichen Zustand bestehe, da mit dem Moment, wo das Handelsregister dieses Merkmal verliere, es auch seine Bedeutung einbüße. Während vor dem Kriege man von einer gewissen Uebereinstimmung in dieser Hinsicht sprechen konnte, haben die Nachkriegsverhältnisse, insbesondere die Inflation, Aenderungen in dieser Hinsicht verursacht, so daß das Handelsregister in Wirklichkeit nicht dem tatsächlichen Zustande entspricht. Dieser Zustand ist in Oberschlesien als besonders kraß zu bezeichnen und der Grund dafür liegt darin, daß mit der Uebernahme Oberschlesiens eine beträchtliche Anzahl von Kaufleuten dieses Land verlassen hat, ohne Anträge auf Löschung der Firma im Handelsregister zu stellen. Dies war also Ursache dafür, daß im Handelsregister einige Tausend Firmen figurieren, die faktisch nicht bestehen.

Die Frage der Uebereinstimmung des Handelsregisters mit dem wirklichen Zustande bezw. die Frage der Streichung von Amtswegen der nicht mehr tätigen Firmen hat infolgedessen eine eminente Bedeutung. und mit dieser Materie muß man sich ehestens beschäftigen.

Es sind zu unterscheiden Einzelfirmen und öffentliche Gesellschaften einerseits, wie auch Kapitalsfirmen anderseits und zwar Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Genossenschaften.

Beim Streichen der Firmen der ersten Gruppe stößt man nicht auf spezielle Schwierigkeiten, da das Gericht, sofern der Aufenthaltsort des Inhabers bezw. des Mitinhabers der Firma nicht zu ermitteln ist, auf Grund des § 31 Abs. 1 des Handelsgesetzes von Amtswegen die Eintragung über das Erlöschen der Firma durchführen kann und sogar soll. Die weitere Schwierigkeit aber liegt darin, daß die Anordnungen des Gerichtes veröffentlicht werden und die Kosten die Staatskasse tragen muß. Es fehlen jedoch Mittel dazu; dieser Umstand hält die Gerichte in solchen Fällen von dem Streichen der nicht tätigen Firmen auf. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß dies eine Frage grundsätzlicher Bedeutung ist, und daß die verhältnismäßig nicht so großen Mittel sich finden müssen, da das Offenlassen einer so wichtigen Frage zu unerwünschten Komplikationen des Wirtschaftslebens führen kann.

Ernstere Schwierigkeiten bestehen bei Kapitalsfirmen, da dem Gericht die Eintragung über das Erlöschen dieser Firmen von Amtswegen nicht zusteht. Es sind hier zu unterscheiden Aktiengesellschaften von anderen Gesellschaften.

Bezüglich der Aktiengesellschaften sieht die Verordnung vom 25. 6. 24. Dz. U. Nr. 55 die Möglichkeit der Eintragung des Erlöschens der nicht mehr tätigen Gesellschaften im Falle der Nichtanwendung bezw. Nichtanpassung der in der obigen Verordnung vorgesehenen Bestimmung und zwar durch eine zwangsweise Liquidation der Gesellschaft vor.

Diese Vorschrift hat keine genügende Bedeutung, da der diesbezügliche Antrag auf Liquidation lediglich durch das Finanzministerium, bezw. durch das Ministerium für Industrie und Handel, also durch die Zentralbehörden gestellt werden kann, und diese keine genügende Rührigkeit bewiesen; als Beweis dafür kann eben das jetzige Handelsregister gelten. Das was oben gesagt wurde, hat nur Anwendung auf Gesellschaften, welche aktives Vermögen zur Durchführung einer Liquidation besitzen. Es entsteht die Frage, ob eine Notwendigkeit der Liquidation in Bezug auf Unternehmungen, bezw. Gesellschaften besteht, die kein Vermögen haben. Die Praxis wie auch die gerichtlichen Entscheidungen forderten in solchen Fällen immer die Liquidation, in denen die Gesellschaften auch kein Vermögen hatten. Infolge aber der veränderten Verhältnisse, wie auch dieses Umstandes, daß in Wirklichkeit von einer längeren Zeit an die Gesellschaften nicht tätig sind und kein Vermögen besitzen und sogar sehr häufig auf dem Gebiete Oberschlesiens kein Organ besteht, welches einen Beschluß über die Liquidation fassen könnte, besteht auch eigentlich keine logische Begründung für die Notwendigkeit der Durchführung einer Liquidation. Es muß also ein praktischer Ausweg für die Lösung dieser Frage gefunden werden, und das Mittel hierfür kann eine Verordnung sein, die den Handelsgerichten im Wege eines verkürzten Verfahrens ohne Durchführung einer Liquidation die Streichung der Firma aus dem Handelsregister ermöglichen könnte.

In Deutschland suchte man auf verschiedene Weise diese Frage zu lösen, und erst der Beschluß des Zivilsenats 1b des Kammergerichts in Berlin vom 28. März 1927 hat sämtliche diesbezügliche Schwierigkeiten gelöst. Der Beschluß hat für die Praxis der deutschen Gerichte eine grundsätzliche Bedeutung. Das Gericht hat sich mit der Frage befaßt, ob man eine Aktiengesellschaft, deren Tätigkeit aufgegeben wurde, im Falle Mangels eines aktiven Vermögens als aufgelöst erachten könne, ohne einen speziellen Beschluß über die Auflösung der Firma zu fassen und ob man die Firma ohne Durchführung einer Liquidation als erloschen erachten könne.

Der Senat steht auf dem Standpunkt, daß man unter speziellen Voraussetzungen die Eintragung über Erlöschen der Firma ohne Beschluß über die Auflösung und ohne Liquidation durchführen könne. Sofern der Handelsregisterrichter im konkreten Falle zur Ueberzeugung kommt, daß die Gesellschaft nicht mehr tätig ist, kann er auf Grund des Verfahrens, ohne Durchführung der Liquidation, welches im § 141 über unstreitiges Verfahren vorgesehen ist, die Eintragung über das Erlöschen der Firmen vornehmen und auf diese Weise den wirklichen Zustand legalisieren.

Wenn wir die obigen Ausführungen resumieren und die Frage stellen, was für konkrete Mittel zur Uebereinstimmung des Handelsregisters mit dem faktischen Zustande anzuwenden sind, so ist folgendes zu empfehlen:

1. Zwecks Ermöglichung der Eintragung des Erlöschens der nicht tätigen Firmen von Amtswegen, d. i. Einzelfirmen und offene Gesellschaften, ist unbedingt notwendig, den Gerichten genügende Mittel zur Verfügung zu stellen, zwecks Deckung der Kosten, die mit der Veröffentlichung der Gerichtsanordnungen verbunden sind.

2. In Bezug auf die Aktiengesellschaften ist notwendig:
   a) die Ueberweisung der Stellung der entsprechenden Anträge, zwecks Beschleunigung der Durchführung der Liquidation an die Handelsgerichte unter Mitwirkung der gesetzlichen Repräsentanz des Kaufmannszustandes, die bisnun dem Finanzministerium und dem Ministerium für Industrie und Handel zustehen;
   b) in Bezug auf nicht tätige Gesellschaften, die keine Organe besitzen, welche einen Beschluß über die Liquidation fassen könnten oder ein Ausführungsorgan besitzen, welches namens der Firma nach außen hin auftreten könnten, ist es notwendig, ähnliche Bestimmungen, wie in Deutschland zwecks beschleunigter Eintragung dieser Firmen ohne Durchführung der Liquidation aus dem Register zu erlassen.

3. In Bezug auf Gesellschaften mit beschränkter Haftung ist eine Novellisierung bezw. Ergänzung der geltenden Gesetzgebung notwendig. Wie bei Aktiengesellschaften soll auch ein Minimum des Aktienkapitals festgesetzt werden, und sofern das Kapital nach der Umrechnung in der Eröffnungsbilanz die gesetzliche Grenze nicht erreicht und die Firma in der vorgeschriebenen Frist das Kapital zur vorgeschriebenen Höhe nicht ergänzen kann, muß die Gesellschaft, so wie bei Aktiengesellschaften einer Liquidation unterliegen.

Dr. L. Lampel.

Geldwesen und Börse

Warschauer Börsennotierungen.

Auf der Devisenbörse größere Umsätze. Man konnte ein stärkeres Interesse für europäische Valuten beobachten. Europäische Devisentransaktionen vergrößerten sich bedeutend. Dollar in bar wurden nicht notiert. Devisen auf Newyork notierten unverändert zu 8,90.

Bei Privatumsätzen wurde für den Dollar 8,88 gefordert und bezahlt. Für Goldrubel wurde 4,69 bis 4,68¾ bei starkem Interesse bezahlt. Ein Gramm reines Gold kostete 5,9244.

Am Aktienmarkt geringe Umsätze, Tendenz steigernd. Unter dem Einfluß der Hausse bei Starachowice veränderten sich gleichfalls alle übrigen Papiere. Die geringen Umsätze lassen sich durch das schwache Angebot erklären, da die Spekulation höhere Kurse zu erzielen hoffte und sich deshalb vom Verkauf zurückhielt. Pfandbriefe hatten uneinheitliche Tendenz. 8 prozentige Pfandbriefe der Stadt Warszawa fielen von 81,00 auf 80,50. Von europäischen Staatsanleihen ging zurück die 5 proz. Dollarprämienanleihe von 66,00 auf 65,50. Alle übrigen blieben unverändert.

Auf der Nachbarbörse notierten: Bank Polski 163,00, Starachowice 62,50—63,00, Rudzki 49,00, Modrzejów 43,50, Lilpopy 41,00, Zucker 72,00, Kohle 98,50. Besonderes Interesse herrschte für Starachowice und Lilpopy.

Weitere Steigerung der Staatseinnahmen.

Die Einkünfte aus öffentlichen Abgaben und Monopolen in der 3. Dekade des Januar d. Js. betrugen insgesamt 81 Millionen zł. demnach also 22 Millionen mehr, als im selben Zeitraum des vergangenen Jahres. Dabei ergaben die Einnahmen aus öffentlichen Abgaben 47 Millionen gegenüber 36 Millionen im selben Zeitraum des vergangenen Jahres, die Einkünfte aus den Monopolen 34 Millionen zł. gegenüber 23 Millionen zł.

Die Einnahmen aus öffentlichen Abgaben und Monopolen im Januar d. Js. betrugen insgesamt 219 Millionen, demnach also 60 Millionen mehr, als im Januar des Vorjahres. Hierbei erhöhten sich die Einkünfte aus öffentlichen Abgaben um 37 Millionen, diejenigen aus Monopolen um 23 Millionen zł.

Bericht des Finanzberaters.

Der amerikanische Finanzberater hat entsprechend den Anleihebedingungen der Bank Polski einen Bericht über die wirtschaftliche Gestaltung in Polen umfassend den Zeitraum bis zum 1. Januar d. Js. vorgelegt. Der Bericht wird in den nächsten Tagen in polnischer und englischer Sprache als Broschüre veröffentlicht werden.

Die Politik der Bank Polski.

Nachrichten, die von einer beabsichtigten Verschärfung der Kreditpolitik der Bank Polski im Zusammenhang mit der Passivität unserer Handelsbilanz sprechen, erweisen sich als völlig haltlos. Die Finanzkreise weisen darauf hin, daß der Abfluß an Devisen eine vorübergehende Erscheinung darstelle und lediglich durch den während längerer Zeit anhaltenden Ueberschuß des Imports über den Export hervorgerufen sei. Man dürfe nicht vergessen, daß die frühere Aktivität der Handelsbilanz und im Zusammenhang damit die geringe Einfuhr nur auf künstlichem Wege herbeigeführt worden sei.

In dieser Beziehung hatte die Stabilisierungsanleihe den Zweck, die Valuta während der Uebergangszeit, d. h. solange der Import noch den Export übersteigt, zu stützen.

Die augenblickliche Wirtschaftslage ist sowohl von der Regierung als auch von der Bank Polski vorausgesehen worden; die Stellung der zweiten ist heute so gefestigt, daß sie, ohne zu Beschränkungen auf handelspolitischem Gebiete Zuflucht zu nehmen, mit Leichtigkeit das Defizit decken kann.

Ueberragende Bedeutung der Warschauer Filiale der Bank Polski.

Die Umsätze der Bank Polski im Jahre 1927 betrugen 72 Milliarden zł. Von diesen Umsätzen entfallen fast ⅗ auf die Warschauer Filiale, die Umsätze in Höhe von 46 Milliarden tätigte.

Diese Erscheinung ist innerhalb der Bankpraxis einzig dastehend. Bei einer näheren Betrachtung findet man nämlich, daß die Umsätze der Warschauer Filiale 17 mal größer sind, als diejenigen der der Reihe nach folgenden Filiale Katowice, deren Umsätze im Jahre 1927 2796 Millionen zł betrugen. Es folgen dann Poznań (2478 Millonen zł.), Lwów (1739 Millionen zł.), Łódź (1709 Millionen zł), Kraków (1572 Millionen zł), weiterhin Wilno, Sosnowiec, Bielsko, Bydgoszcz, Król. Huta, Lublin usw. Diese Tatsache gibt Zeugnis von der überragenden Bedeutung der Filiale der Bank Polski in Warszawa, wobei man fast an Zentralisierungsbestrebungen glauben möchte.

Zunahme der Einlagen in den polnischen Banken.

Nach statistischen Angaben betrug die Zunahme der Einlagen bei den polnischen Banken in der Zeit von Dezember 1926 bis November 1927 65%. Die Einlagen bei der Bank Gospodarstwa Krajowego stiegen in den letzten 2 Jahren von 77 Millionen auf 414 Millionen, bei der P. K. O. in dem oben bezeichneten Zeitraum von 11 Monaten von 67 auf 169 Millionen.

Kredite der Bank Rolny Państwowy.

Das Präsidium obiger Bank hat die Erteilung von Krediten an die Kreissparkassen sowie die Genossenschaften in einer Gesamtsumme von 6½ Millionen beschlossen.

Eisenbahnanleihe für Polen.

Die in Newyorker Tageszeitungen verbreiteten Nachrichten über Verhandlungen zwischen Vertretern Polens und einem amerikanischen Konsortium bezgl. des Abschlusses einer Eisenbahnanleihe für Polen in Höhe von 100 Millionen Dollar werden von polnischen Regierungskreisen dahingehend dementiert, daß das darüber bestehende Projekt erst Wirklichkeit werden könnte, wenn die Staatsbahnen die Form eines Gesellschaftsunternehmens angenommen haben würden.

Einfuhr / Ausfuhr / Verkehr

Eröffnung einer polnisch-deutschen Handelskammer in Warszawa und Breslau.

Die Verhandlungen zwecks Eröffnung einer polnisch-deutschen Handelskammer in Breslau, sowie einer Abteilung in Warszawa schreiten Zeitungsmeldungen zufolge, angeblich weiter vorwärts. Augenblicklich finden Besprechungen mit dem polnischen Konsulat in Breslau statt.

Bielitzer Textilwarenausfuhr.

Im Dezember 1927 wurden aus Bielsko insgesamt 24 654,42 kg bunte Wollgewebe im Werte von 1 194 029 Złoty, sowie 865 kg bunte halbwollene Gewebe im Werte von 43 144 Złoty ausgeführt.

Der Export vollzog sich in der Hauptsache nach Finnland, Norwegen, Schweden, Dänemark, Deutschland, Rumänien, nahem Osten, Afrika, Indien, China, Japan, Amerika.

Warenverkehr zwischen Polen und der Schweiz.

Nach offiziellen schweizerischen Angaben betrug der Import aus Polen im vergangenen Jahre 17 964 t im Werte von 2 360 000 Schweizer Franken. Der Passivsaldo für Polen beträgt demnach 1 509 000 Schw. Fr. Die Einfuhr aus Polen stellt kaum 9 Prozent der Gesamteinfuhr der Schweiz dar, während der Export nach Polen 2 Prozent des Gesamtexports beträgt. Polen nimmt unter den Lieferungs- und Absatzländern der Schweiz den 14. Platz ein.

Polnisch-rumänische Handelsbeziehungen.

Nach Informationen des polnischen Konsulats in Bukarest vertreten die rumänischen Handelskammern gegenüber dem Handelsverkehr mit Polen einen sehr günstigen Standpunkt. Durch rege Propaganda sind sie bestrebt, die bestehenden Handelsbeziehungen mit Polen zu forcieren. Es wäre zu wünschen, daß die polnischen Wirtschaftskreise in engere Beziehungen zu den rumänischen Handelskammern treten würden.

Polen will Zuckerrübensamen nach der Czechoslovakei liefern.

Unter Hinweis darauf, daß einzelne polnische Firmen ein großes Interesse an der Ausfuhr von Zuckerrübensamen in die Czechoslovakei haben, wo sie ständige Abnehmer besitzen, hat sich, nach der „Prager Presse" die Prager polnische Gesandtschaft an die czechoslovakische Regierung mit dem Ersuchen gewendet, daß bei der Kontingentierung der Einfuhr von Zuckerrübensamen und bei der Beschränkung der zollfreien Einfuhr auf spezielle Arten auch auf Polen Rücksicht genommen werden möge.

Czechoslovakisch-polnische Fischerei-Verhandlungen.

Am 13. Februar werden in Katowice polnisch-czechoslovakische Verhandlungen über die vertragliche Regelung der Administrations- und Regulationsfragen der czechoslovakisch-schlesischen Grenzflüsse, sowie über die Fischerei darin stattfinden. An der Spitze der czechoslovakischen Delegation steht Minister Roubik; Polen wird durch Prof. Valerie Gotel vertreten. Im Sinne des czechoslovakisch-polnischen Arbitragevertrages wurde Grigor Vazilov zum Arbitragerichter ernannt.

Czechische Durchfuhrtarife für Holz von Polen zur Elbe.

Die czechoslovakischen Staatsbahnen bewilligen eine 30prozentige Ermäßigung für Holz im Falle der Beförderung von Petrowice bei Oderberg nach Laube und Rosawitz Umschlag. Voraussetzung ist die Aufgabe in Wagenladungen und Frachtzahlung für das Ladegewicht des benützten Wagens. Die Weiterbeförderung muß mit Flößen erfolgen, welcher Umstand im Frachtbriefe zu vermerken ist. Die Fracht beträgt bei Holz der Pos. D—30 804 h (statt 1149 h) und bei Holz der Pos. D—31 774 h (statt 1105 h). („Prager Presse").

Frachtbegünstigung für Eisenerztransporte Danzig—Mährisch-Ostrau.

Mit sofortiger Gültigkeit werden für 1. Eisenerz, 2. Manganerz, 3. Schwefelkies, 4. Schwefelkiesabbrände im Falle der Beförderung von Danzig—Gdynia port und Tczew nach Mährisch-Ostrau, Hruschau und Třinec direkte ermäßigte Frachtsätze zugestanden. Bedingung ist die Aufgabe mit internationalen Frachtbriefen und Frachtzahlung für das wirkliche Gewicht der Sendung, mindestens jedoch für das Ladegewicht der Sendung. Die ad 1 und 2 genannten Güter müssen zur Eisenerzeugung durch Einschmelzen bestimmt sein. Die Sendungen werden nach Mährisch-Ostrau und Hruschau über Granica Państwa pod Zebrzidowicami-Petrowice bei Oderberg, und die Sendungen nach Třinec über Granica Państwa pod Cieszynem-Český Těšín befördert. Die ermäßigten Frachtsätze gelten im Kartierungswege, die weiters ermäßigten Sätze gelten im Rückvergütungswege, wenn nach allen genannten Bestimmungsstationen mindestens 80 000 t, beziehungsweise 100 000 t befördert werden. Es beträgt beispielsweise der Frachtsatz für Eisenerz von Danzig nach Mährisch-Ostrau-Přívoz 549 h (im Kartierungswege und ohne Rücksicht auf das erreichte Quantum), 473 h bei einem Gesamtquantum von 80 000 t und 436 Heller bei Erzielung eines Gesamtquantums von 100 000 t.

Ständige Verbindung Gdynia—Norwegen.

Am 17. d. Mts. verläßt der norwegische Dampfer „Jaederen" Gdynia, womit der regelmäßige Schiffsverkehr zwischen Gdynia und dem westlichen Norwegen seinen Anfang nimmt. Die Dampfer werden auf dieser Linie in Abständen von 2 Wochen verkehren. Die Dampfer selbst gehören dem norwegischen Unternehmen „Det Stavangersky Dampskibsselskab".

Schlesische Ausstellungsgesellschaft.

Auf der am 26. d. Mts. stattgefundenen Komiteesitzung wurden die Statuten und die Verteilung des Gesellschaftskapitals unter die einzelnen städtischen, öffentlich rechtlichen und wirtschaftlichen Institutionen bestätigt. Die offizielle Gründung dieser Gesellschaft wurde für den 8. Februar d. Js. festgesetzt. Die Gesellschaft wird in der Form einer G. m. b. H., mit einem Kapital von 100 000 zł und ihren Sitz in Katowice, bestehen.

Inld. Märkte u. Industrien

Konferenz der Vertreter der Getreide- und Warenbörsen.

Auf Initiative der Getreide- und Warenbörse in Lwów fand am 3. und 4. Februar d. Js. in Lwów die 3. Konferenz der Vertreter der Getreide- und Warenbörse in Polen statt.

Nach einer lebhaften Diskussion wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die sich mit der Aufhebung der Umsatzsteuer bei Börsentransaktionen von Artikeln des ersten Bedarfs, mit der Entwicklung des Verfahrens vor dem Schiedsgericht, mit der Vereinigung der Holzbörse mit den Warenbörsen, und ähnlichen Fragen befaßt.

Zuckerverkaufskontingent am Inlandsmarkt.

Für die Zeit vom 1. Oktober 1927 bis zum 30. September 1928 wurde endgültig für weißen Zucker ein Kontingent in Höhe von 3 095 556 q, sowie ein Vorratskontingent desselben Zuckers in Höhe von 464 344 q festgelegt. Diese beiden Kontingente werden nach Beendigung der Rübenverarbeitung und der Zuckerproduktion durch sämtliche Zuckerfabriken unter diese bis spätestens zum 15. März d. Js. verteilt werden. Bis zu dieser Zeit können die Zuckerfabriken bis zur Höhe von 75% des vorläufigen Kontingents, jedoch nicht mehr, als 53% der tatsächlichen eigenen nach dem Stande vom 31. Dezember 1927 bezeichneten Produktion am Inlandsmarkt absetzen.

Bau einer Kabelfabrik in Dziedzice.

Die Firma Zahm, Stach & Co. schreitet zum Bau einer Kabelfabrik in Dziedzice und hat zu diesem Zwecke bereits Grundstücke im Außmaße von zirka 15 000 qm käuflich erworben. Die neue Fabrik wird etwa 80—100 Arbeiter beschäftigen und dürfte noch diesen Sommer die Erzeugung aufnehmen. Neben der Kabelfabrik Bratislava, die schon früher in Kraków ein Zweigunternehmen gegründet hat, ist das die zweite Fabrik dieser Art, die unter czechoslovakischer Beteiligung in Polen errichtet wird.

Steuern / Zölle / Verkehrs-Tarife

Czechoslovakisch-Polnischer Verkehr.

Sch. Zum Czechoslovakisch-Polnischen Eisenbahn-Gütertarif Teil I und Teil II, Heft 2, für die Beförderung von Gütern (ausgenommen Kohle) sowie zu den Verkehrsleitungsvorschriften zum Gütertarif Teil II, Heft 2, ist der Nachtrag I erschienen. Diese Nachträge können von den Stationskassen der polnischen Staatsbahn zu folgenden Preisen bezogen werden: Zum Teil I für 1,35 zł, zum Teil II, Heft 2, für 12 zł und zu den Verkehrsleitungsvorschriften für 0,55 zł.

Erweiterung des Durchfuhrtarifs Polen—Deutsche Seehäfen.

Sch. Mit Gültigkeit vom 9. Februar 1928 sind in dem deutschen Durchfuhr-Ausnahmetarif S D 5 für den Verkehr zwischen Polen und den deutschen Seehäfen die deutschen Häfen Kolberg und Stolpmünde im Verkehr mit den Grenzübergängen Firchau Grenze und Schneidemühl Zollbhf. Grenze in den Geltungsbereich der Abteilungen L und L III für Getreide aufgenommen worden. Der Wortlaut der Abteilung XV, Ziffer 6, ist in „Oelfrüchte und Oelsaaten, sonst nicht genannt" geändert. Die Abteilung XVIII, Ziffer 2, hat folgende Fassung erhalten: „Oelfrüchte und Oelsaaten, folgende: Bucheckern, Dottersaat, Flachssaat, Hanfsaat, Hederichsaat (Hederich), Leinsaat, auch zerkleinert, Mohnsaat, Rapssaat (Raps), Ravison, Rettichsaat, Rübsaat (Rübsen), Senfsaat und Sonnenblumensaat."

Weltwirtschaft

Geldmarkt, Börse und Wirtschaft.

Berlin, 6. Februar 1928.

Der Geldmartk zeigt überraschenderweise keine Zeichen einer beginnenden Entlastung nach der starken Januar-Ultimospannung Der Grund kann in der vorsorglichen Vorbereitung der Großbanken gesucht werden, die von ihnen übernommenen Reichsbahnvorzugsaktien reibungslos unterbringen, ist aber auch mit dem andauernden Geldbedarf der Kommunen und mit dem vielleicht etwas überhitzten Tempo in der Emission neuer Pfandbriefe zu klären. Als heilsam für die gleichmäßige Verfassung des Geldmarktes ist die Absicht der Großbanken anzusehen, neuerdings ihren Status nicht alle zwei Monate, sondern jeden Monat zu veröffentlichen. Hierdurch wird die Möglichkeit für die Banken an dem Stichtag eine nicht alltägliche Liquidität vorzubereiten, zu mindest erschwert, die Schwankungskurve am Geldmarkt gemildert. Aeußerst wichtig für die bestehenden und besonders kommenden deutschen Anleihen ist der Initiativantrag den die Demokraten und die Deutsche Volkspartei mit Unterstützung des deutschnationalen Zentrums und wahrscheinlich ohne Gegnerschaft bei den Sozialdemokraten in den nächsten Tagen im Reichstag einbringen werden: den Antrag auf Beseitigung der Kapitalertragsteuer bei sämtlichen festverzinslichen deutschen Anleihen. Die Durchführung dieses Antrages die wahrscheinlich ist, würde nicht nur das Ausland in stärkerem Maße dem Anleihemarkt zuzuführen — allerdings zum Schaden der Aktienmärkte. Auf eine Herabsetzung des Reichsbankdiskontes wird auch in Börsenkreisen noch immer stark gerechnet, ja sie wird schon in den nächsten Tagen erwartet. Zwar befindet sich Dr. Schacht auf seinem mehrmonatlichem Erholungsurlaub, doch wird offiziell versichert, daß eine Diskontermäßigung auch in seiner Abwesenheit durchgeführt werden würde, sobald die Verfassung des Geldmarktes eine solche Maßnahme rechtfertige. Immerhin ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß eine Diskontherabsetzung nur von kurzer Dauer sein könnte.

An der Börse hält die Lethargie an Auch die besseren Nachrichten von der Freigabe in Amerika, die vielleicht schon im März zur Durchführung kommt, haben keine allgemeine Belebung herbeiführen können. Und so ist es nicht verwunderlich, daß sich allmählich eine Baissepartei zu bilden beginnt. Diese führt ihre Vorstöße hauptsächlich in dem großen Markt der I. G. Farben-Aktien und in den Aktienmarkt, und in den letzten Tagen in derart großem Umfange im Glanzstoff-Aktienmarkte aus, — an einem einzigen Tage mußten von der Bankverbindung des Glanzstoffkonzerns — C. Schlesinger Trier — Speier — Elissen — mehrere Hunderttausend Glanzstoffaktien, deren Kurs notabene ca. 550 beträgt, aufgenommen werden, sodaß die Annahme berechtigt erscheint, die „Träger dieser Bewegungen dürften potente Bankfirmen sein. Dieser Markt ist in den letzten Tagen der Schauplatz heftiger Kämpfe der Hausse- und Baissepartei geworden. So wurden z. B heute vormittag Glanzstoff-Aktien 10% niedriger, mit 535% angeboten, setzten an der Börse unter starken Käufen des Emissionshauses mit 545%, wobei zum ersten Kurse allein ca. 150 000 aufgenommen werden mußten, um dann auf 561% anzuziehen. Doch können auch solche Bewegungen die Börse nicht aus ihrem Zustand der Ermüdung, ja Gleichgültigkeit herausreißen. Nur Freigabeaktien tendieren fest, insbesondere Nordloyd Paket und Handelsanteile, Selbst wenn man die Freigabeangelegenheit günstig beurteilt, ist es allerdings noch sehr fraglich, ob die Aktionäre einen Vorteil in Form einer Sonderausschüttung oder ähnlichem haben werden, da es z. B. gerade bei den Schifffahrtsgesellschaften wahrscheinlich ist, daß diese mit dem zu erhaltenen Gelde ihr großes Bauprogramm finanzieren und ihre zu diesem Zwecke aufgenommenen großen Anleihen zurückzuzahlen sich bemühen werden. In diesem Zusammenhange muß auf die scharfe Konkurrenz im Ausland hingewiesen werden, in den z. B. Amerika, England und Italien die Schiffahrt staatlich subventioniert. Lähmend wirkt auch auf die Börse die bevorstehenden Wahlen mit ihren unvermeidlichen Kämpfen und die unerquickliche

Aussprache zwischen Stresemann und Briand über die endgültige Räumung des Rheinlandes, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Auch ist ein Abflauen der Konjunktur nicht mehr zu verleugnen. Allein die stark steigende Zahl der Zahlungseinstellungen und Arbeitslosen spricht dafür. Dazu kommen die stark steigenden Reparationslasten, in diesem Zusammenhange eine wahrscheinliche Tariferhöhung bei der Reichsbahn, und außerdem wird das Haushaltungsbudget des Staates um Hunderte und Aberhunderte von Millionen im laufenden Jahr durch Ausgaben für das Bildungswesen, Rentner- und Liquidationsgeschädigten-Fürsorge und Beamtenbesoldung mehr belastet werden.

Indessen hat die Aktienhausse in Paris durch die Erklärung Poincarés, den Franc mit Rücksicht auf die große Masse der Rentner weiter zu revalorisieren — eine Erklärung, die sehr überraschend kam — ein plötzliches Ende gefunden. Diese Tatsache wird hier günstig kommentiert, erhofft man doch wieder verstärktes Interesse der ausländischen Spekulation für Berlin und Ausschaltung der schwerindustriellen französischen Konkurrenz. Dagegen sieht man in der Erklärung des englischen Regierungsvertreters in Genf, wonach England das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag nicht ratifizieren werde, sondern dessen Revision beantrage, ein Sturmzeichen zu schwersten Lohnkämpfen nicht nur in England, denn es ist sehr fraglich, ob Deutschland im Achtstundentag gegen England konkurrenzfähig wird bleiben können. Im März und April laufen hier übrigens auch die Tarifverträge vieler anderer Industriezweige außer der Schwerindustrie ab. Typisch ist es, daß die englischen Unternehmer eine Sanierung der Schwerindustrie durch Rationalisierung als aussichtslos erklären. Dazu kommt die nicht wieder zu kapitalisierende Verschuldung der deutschen Landwirtschaft, die auf 10 Milliarden geschätzt werden.

Bei diesen nicht sehr ermutigenden Tatsachen ist die Lustlosigkeit der Börse nur zu verständlich. Auch eine Sonderbewegung war nicht festzustellen. Nur Elektrizitätsaktien waren auf den guten Abschluß von Siemens und Halske und A. E. G. und die Aussicht von großen Reparationsaufträgen gut gehalten. Auch bei den Banken scheinen nach den Zahlen der Reichskredit A.-G. zu schließen, günstige Bilanzzahlen zu erwarten zu sein. Doch zeigt sich überall das Bestreben, bei der Bemessung der Dividende Zurückhaltung zu üben und dafür die Liquidität zu erhöhen und die inneren Reserven zu stärken.

Heinz Lindenberg.

Messen und Ausstellungen

Ausstellung der polnischen Industrie in Danzig.

Polnische Wirtschaftskreise haben sich entschlossen, in Danzig im Gebäude der Handwerkskammer eine ständige Ausstellung von Proben und Mustern der polnischen Industrieerzeugnisse zu eröffnen. Bei der Ausstellung wird gleichfalls ein Informationsbüro tätig sein, das den Interessenten über den Ankauf der ausgestellten Waren nähere Informationen erteilen wird. Die Standpreise auf dieser Ausstellung sind äußerst mäßig bemessen, so daß es allen Industrien möglich ist, an dieser Ausstellung teilzunehmen. Nähere Einzelheiten sind beim Vorstand in Danzig, Gewerbehalle, Szüsteldamm, zu erfahren.

Leipziger Messe.

Fahrpreisermäßigung für Besucher der Leipziger Messe auf der polnischen Eisenbahn.

Das polnische Eisenbahnministerium hat eine Fahrpreisermäßigung auf polnischen Bahnen für Besucher der Leipziger Messe bewilligt und zwar in Höhe von 33⅓% des normalen Fahrpreises bei Benutzung von Personenzügen, wobei die Ermäßigung bei Benutzung von Schnellzügen ungefähr 27% betragen wird, da zu den ermäßigten Fahrkarten der volle Schnellzugszuschlag hinzukommen wird.

Die ermäßigten Fahrkarten werden an jedem Eisenbahnschalter gegen Vorzeigung eines durch den ehrenamtlichen Vertreter der Leipziger Messe ausgestellten Ausweises ausgegeben. Die Ermäßigung wird erteilt sowohl für die Hinreise, als auch für die Rückreise und es ist auch nicht nötig, Rückreisefahrkarten auf den polnischen Eisenbahnen zu lösen. Bei kombinierten Fahrscheinen sind die Reisebüros angewiesen, die gleiche Vergünstigung zu erteilen.

Werbevorträge über die Leipziger Messe in den Balkanländern.

Wie aus Belgrad berichtet wird, hält der Professor der Bergakademie in Freiberg i. Sa., Dr. Walther Hoffmann, zur Zeit in den größeren Städten der Balkanstaaten vor den interessierten Kreisen des Handels und Gewerbes Vorträge über die deutsche Wirtschaft, bei denen er in eingehender Weise auch auf die Bedeutung der Leipziger Messe zu sprechen kommt. Die jugoslavische und bulgarische Presse berichtet über diese Vorträge in sehr ausführlicher Weise, was als ein Beweis dafür gelten kann, welche Beachtung man in diesen Ländern der Leipziger Messe und den Möglichkeiten, die sich durch sie für den Handel mit Deutschland und für den Absatz der eigenen Landeserzeugnisse ergeben, schenkt.

Leipziger Messedampfer Newyork—Bremen.

Wie aus Newyork berichtet wird, wird auch zur Leipziger Frühjahrsmesse 1928 wieder ein besonderer Dampfer zwischen Newyork und Bremen als Messedampfer fahren. Es ist das der Dampfer „München" des Norddeutschen Lloyd, der Newyork am 21. Februar verläßt und in Bremen am 2. März, also zwei Tage vor Beginn der Messe, eintrifft.

Von der Leipziger Baumesse.

Vor kurzem wurde zur Förderung der Leipziger Baumesse eine Baumesse-G. m. b. H. gegründet. An der Gesellschaft sind beteiligt der Freistaat Sachsen, die Stadt Leipzig, das Leipziger Meßamt, die Leipziger Messe- und Ausstellungs-A.-G., der Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten (VDMA), Sitz Berlin, sowie Großfirmen der Bau- und Baustoffindustrie.

Als Direktor der neuen Gesellschaft ist Regierungsbaurat R. Stegemann-Dresden berufen worden. Stegemann war bisher Vorstandsmitglied des „Sächsischen Heims, Landes-Siedelungs- und Wohnungsfürsorge-Gesellschaft in Dresden", die nach Plänen Stegemanns etwa 5000 Wohnungen errichtet hat. Er ist weiteren Kreisen bekannt geworden durch seine umfangreiche Tätigkeit als Vorsitzender des von ihm gegründeten „Deutschen Ausschusses für wirtschaftliches Bauen".

Japanische Ausstellung auf der Leipziger Frühjahrsmesse.

Nach einer Mitteilung der Japanischen Botschaft werden die Waren für die Beteiligung an der Leipziger Frühjahrsmesse Ende Januar in Marseille erwartet und von dort nach Leipzig weitergeleitet werden. Es handelt sich um 90 verschiedene Arten von Waren, insgesamt etwa 3000 Gegenstände, aus den Gebieten der Seide, des Porzellans, der Lackwaren und der Lebensmittel.

Die Leipziger Möbelmesse im Frühjahr 1928.

Zur Leipziger Frühjahrsmesse 1928 (4. bis 10. März) ist der Andrang der Aussteller zur Möbel-Sonderschau im Ring-Meßhaus derartig stark, daß vorübergehend für diese Messe auch das Obergeschoß des in unmittelbarer Nähe des Ring-Meßhauses gelegenen Meßhauses am Alten Theater mit als Ausstellungsplatz herangezogen werden muß. Die Leipziger Möbelmesse, die bereits im Herbst 1927 mit 341 Ausstellern alle anderen Möbelmessen an Umfang und Bedeutung weit übertraf, ist damit die größte überhaupt existierende Möbelmesse. Zutritt zur Leipziger Möbelmesse haben auf Grund einer Abmachung zwischen der Verwaltung der vorerwähnten Meßhäuser und dem Fachausschuß für die Möbelmesse bei der Zentralstelle für Interessenten der Leipziger Messe e. V. nur Möbelhändler, also Wiederverkäufer, die sich als solche ausweisen.

Das Meßabzeichen für die Leipziger Frühjahrsmesse 1928. Neugliederung des Meßadreßbuches.

Das Meßabzeichen für die Frühjahrsmesse 1928 (Mustermesse 4 bis 10. März, Große Technische Messe und Baumesse bis 14. März), mit dem in diesen Tagen rund 400 Verkaufsstellen im ganzen Reiche beliefert worden sind, kostet im Vorverkauf bis zum Tage vor Meßbeginn RM. 3,—, wenn das Abzeichen und die Ausweiskarte mit übereinstimmender Kontrollnummer der vorangegangenen Herbstmesse zurückgegeben wird, sonst RM. 5,—. Zur Messe in Leipzig selbst greift ein erhöhter Preis Platz. — Eine wichtige Neuerung zum Vorteil der Messebesucher besteht darin, daß denjenigen, die bis zum 24. Februar ihr Meßabzeichen erworben und die dem Meßabzeichen anhängende Postkarte dem Leipziger Meßamt eingesandt haben, kostenlos ein Branchenführer des amtlichen Leipziger Meßadreßbuches nach Wahl zugesandt wird. Das Leipziger Meßadreßbuch ist zur Frühjahrsmesse 1928 erstmalig in 13 Teile gegliedert, die für die einzelnen Branchen gesondert hergestellt und vertrieben werden.

W. E. Z.-Exportadreßbuch, herausgegeben durch die Verlagsanstalt des Leipziger Meßamts G. m. b. H., Leipzig C 1, Floßplatz 6.

Das hunderteinundachzigste bis hundertundneunzigste Tausend dieses Adreßbuches (Ausgabe 1927/28) ist soeben in deutscher Sprache erschienen. Dieser Führer durch die exportierende Industrie enthält die Anschriften von mehreren Tausenden deutscher Firmen der verschiedensten Branchen.

Das Warenverzeichnis ist in deutscher Sprache abgefaßt, enthält jedoch außerdem noch die verschiedenen Begriffsbezeichnungen in dänischer, schwedischer und polnischer Sprache.

Geschäftsleute aller Länder bedienen sich bereits seit Jahren dieses nützlichen und aktuellsten Nachschlagewerkes.

Interessenten erhalten das Buch auf Anforderung gratis und franko durch den zuständigen ehrenamtlichen Vertreter des Leipziger Meßamts oder durch die Verlagsanstalt des Leipziger Meßamts G. m. b. H., Leipzig C 1, Floßplatz 6, zugestellt. Letztere ist auch gern bereit, mit Auskunft zu dienen, wenn ein benötigter Artikel in dem W. E. Z.-Adreßbuch nicht verzeichnet sein sollte.

Der Deutsche Normalausschuß auf der Leipziger Großen Technischen Frühjahrsmesse 1928.

Wie in den Vorjahren wird der Deutsche Normenauschuß auch in diesem Jahre durch eine offfizielle Auskunftsstelle in der Werkzeugmaschinenhalle 9 (Obergeschoß, Stand 667) vertreten sein. Zahlreiche Ausstellungstafeln werden Zweck, Ziele und Erfolge der Normung veranschaulichen.

Ferner werden verschiedene Industriezweige besondere Normenausstellungen einrichten, u. a. der Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten (VDMA) eine Sondernormenausstellung in Halle 6, der Reichsverband der Automobilindustrie in Halle 7 und der Reichsbund der deutschen Metallwaren-Industrie in der Innenstadt.

An dem erwähnten Stand 667 in Halle 9 werden Auskünfte allgemeiner Natur über alle mit der Normung zusammenhängenden Fragen sowie über die Veranstaltung der Fachgebiete erteilt. Firmen, die an ihren Erzeugnissen Dinormen verwenden bezw. nach Dinormen liefern, werden durch entsprechende Schilder darauf aufmerksam machen.

Breslauer Messe.

Ausstellung „Oderwirtschaft und Odersport".

In dem diesmal ungewöhnlich mit gespannten Rahmen des Frühjahrsprogramms der Breslauer Messegeselschaft wird die Ausstellung „Oderwirtschaft und Odersport", die vom 11. bis 18. März im Ausstellungsgebäude stattfinden soll, eine besonders hervorragende Rolle spielen. Gerade in unseren Tagen, in denen die Bevölkerung unausgesetzt von den verschiedensten Kanalprojekten, Stromverbesserungen, Stauweihern, Hafenanlagen, Brückenbauten, liest und hört, ist eine ausstellungsmäßige Aufklärung über diese Dinge besonders erwünscht und dies umso mehr, als das Leben auf der Oder und an der Oder in den letzten Jahren eine ungeheure Steigerung erfahren hat. Dieser Betrieb auf und am Strom bringt aber auch leider große Gefahren mit sich, über die die Unfallstatistik erschreckenden Aufschluß gibt.

Alle diese Umstände haben wohl dazu beigetragen, daß die Bereitwilligkeit der verschiedensten behördlichen Stellen und aller Sportverbände, an der Ausstellung mitzuarbeiten, erfreulich groß ist.

Im technisch-industriellen Ausschuß, der insonderheit die Fragen des Strombaues bearbeitet und unter Leitung des Stadtbaurats Dr. Trauer steht, werden Pläne der deutschen Wasserstraßen, der gesamten Oder und des Wasserstraßennetzes innerhalb Schlesiens, ferner die Pläne der Erweiterung des Klodnitz-Kanals, des Oder-Elbe-Kanals, des Donau-Oder-Kanals und zum Vergleich die des Main-Donau-Kanals ausgestellt werden. Soweit der Donau-Oder-Kanal tschechisches Gebiet berührt, wird die Regierung der Czechoslovakei gebeten werden, ihre Pläne der Ausstellung zu überlassen. Besonderer Aufmerksamkeit können die Pläne des Staubeckens in Ottmachau, die Modelle unserer Talsperren, aller größeren Binnenhäfen am Oderstrom, von Kosel angefangen bis Stettin, gewiß sein. Auch das Hebewerk Niederfinow, die Schleuse zu Fürstenberg und die geplante Umgestaltung der Oder bei Glogau werden gezeigt werden. Vervollständigt wird diese Abteilung durch Pläne und Modelle von Elevatoren, Kränen, Kippern, Brücken, Wasserkraftwerken und Schiffsgefäßen werden.

Nicht minder umfangreich wird die Sportsabteilung werden, deren Ausgestaltung Aufgabe des unter der Leitung von Obermagistratsrat Dr. Krumteich und von Studienrat Dr. Steinhäuser arbeitenden Sportausschusses ist. In Aussicht gestellt sind die historische Entwicklung des Schiffsbaues, Kähne und Schiffe der verschiedensten Typen, Modelle städtischer Bootshäuser und Schwimmanstalten am gesamten Oderlauf, die Entwicklung des Schlittschuhs, die Ausrüstung aller Wassersportarten, ferner Preise, Plaketten usw.

Unter dem Vorsitz des Branddirektors Dr. Kaiser hat sich ein besonderer Ausschuß für Unfallverhütung gebildet, der Wiederbelebungsapparate, Geräte der Rettungsstationen, Unfallmeldung, Maßnahmen gegen Ertrinken, Rettung aus Wassernot zu einer eindrucksvollen Sonderabteilung zusammenfassen wird. Nahe verwandt diesem Ausschuß ist die Gruppe Wasserpolizei, die unter Leitung des Polizeihauptmanns Schapler vom Reichswasserschutz steht.

Von größtem allgemeinem Interesse ist die Gruppe „Gesundheitsmäßige und sportmäßige Ernährung", in der Landesrat da Rocha-Schmidt den Vorsitz übernommen hat. Alkoholbekämpfung, Steigerung des Milchverbrauches, Einführung des Verbrauchs ungegorener Fruchtsäfte, überhaupt gärungslose Früchteverwertung, das sind einige der Hauptstichworte für die Tätigkeit dieses Ausschusses. Mitglieder der Universität und der Aerzteschaft, namentlich der Sportärzte, haben ihre Mitwirkung an dieser Abteilung bereitwilligst in Aussicht gestellt und ebenso werden die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft und das Deutsche Hygienemuseum in Dresden Ausstellungsgegenstände darleihen.

Der Ausschuß für Fischerei und Sportangelei, dessen Leitung in den Händen des Oberlandwirtschaftskammerrats Dr. Mehring liegt, wird nicht nur ein umfangreiches Bildmaterial aller in unseren Flußläufen lebenden Fische bringen, sondern auch die lebenden Wildfische der Oder und ihrer Nebenflüsse in Bassins ausstellen. Geräte für Fischerei und Angelei, wie Netze, Reusen, Angelgeräte, Fischfutter, die verschiedensten Präparate, eine Sammlung von Fischschuppen, eine Sammlung von fischfangenden Vögeln, werden diese interessante Abteilung ergänzen.

Es sind an ihr beteiligt:
der Schlesische Fischerei-Verein,
der Deutsche Fischerei-Verein
das Schlesische Oberfischmeisteramt,
der Deutsche Anglerbund,
die Landesanstalt für Fischerei-Friedrichshaagen,
das Zoologische Institut,
und private Stellen.

Endlich hat sich auch die Kunstgilde in den Dienst der Sache gestellt, die eine umfangreiche Sammlung von Sportplakaten, graphischen Blättern von Ehrenurkunden und dergl. zeigen wird.

Auch der Industrie soll die Möglichkeit gegeben werden, sich in allen vorgenannten Gruppen mit ihren Erzeugnissen zu beteiligen. Jede Auskunft hierüber erteilt die Breslauer Messegesellschaft, Elisabethstraße 6.

Zur XVI. Prager Frühjahrsmesse.

Aus sehr kleinen Anfängen haben sich die Prager Mustermessen zu ihrer gegenwärtigen internationalen Weltgeltung emporgerungen und dürften durch die Schaffung einer Großhandels- und Industrie-City, deren erster Messepalast seiner Vollendung entgegengeht, einen noch größeren Dauerwert erhalten.

Infolge der Wohnungsnot waren bisher die Kanzleien der verschiedenen Weltfirmen an der Peripherie oder in unzweckmäßiger Art und Weise zerstreut, wie überhaupt zahlreiche Firmen infolge der oft unerhörten nachkriegsmäßigen Mietbedingungen nicht in der Lage waren, für die Errichtung eines eigenen Musterlagers Sorge zu tragen. Als ein derartiges Dauermusterlager ist in jeder Hinsicht dieser I. Messepalast gedacht, welcher ungefähr 800 Mietern auf einer 9000 m² umfassenden bebauten Fläche die geeigneten Standflächen bieten wird.

Daß in den beiden Souterrain-Geschossen für Lagerräume, ein Restaurant und Kino ebenso Sorge getragen ist, wie für ein im VI. Stockwerk befindliches und mit Terassen umgebenes Kaffeehaus, setzen wir als bekannt voraus. Die verschiedenen Branchen von der Maschinenindustrie an bis zu den Möbeln sind nach sorgfältig entworfenen Plänen in den sechs Stockwerken untergebracht, wie auch über 60 Läden im Erdgeschoß das Riesengebäude umgeben. Hoffentlich wird bis zur XVII. Prager Herbstmesse die Eröffnung dieses Dauermusterlagers möglich sein.

Was die XVI. Prager Frühjahrsmesse (18.—25. März 1928) anbelangt, so ist außer der üblichen in 16 Gruppen eingeteilten allgemeinen Messe eine Hotel- und Gastwirtsmesse, Sport-, Radio-, Möbel- und Pianomesse, sowie für eigene großzügige Motor-, Fahrrad- und Reklamemessen wie für eine Sondergruppe praktischer Wirtschaftsführung im Haushalte alles Nötige in die Wege geleitet.

Hinsichtlich der Auslandgruppen sind bereits alle Maßnahmen getroffen um für U. S. A., Brasilien, Lettland, Finnland, Kolumbien, SSSR, Australien und hoffentlich auch Oesterreich die nötigen Standflächen bezw. Sonderpavillons zu reservieren, wobei der Raummangel wie überall schließlich das entscheidende Wort sprechen wird.

Aus dieser Tatsache ergibt sich zur Genüge, wie sehr der Ausbau der geplanten Handels-City, welche noch zwei bis drei weitere Paläste und ein eigenes Messehotel umfassen soll, ein Gebot der Stunde ist, zumal dadurch zur wirtschaftlichen Selbstständigkeit der czechoslovakischen Industrie am meisten beigetragen werden dürfte.

Durch die riesigen Ersparnisse, welche durch die Großhandels-City der einheimischen und auch ausländischen Industrie an Zeit und Geld ermöglicht werden, lassen sich auch bessere Lebensverhältnisse unter der Arbeiter- und Beamtenschaft erzielen und Mittel und Wege finden, durch Schaffung einer höheren Kultur die nationalen und wirtschaftlichen Gegensätze zu überbrücken. Es sind also durchwegs nicht nur rein materielle Motive, welche die Prager Messeleitung zur Schaffung eines Dauermusterlagers veranlaßt haben, da der geistige und wirtschaftliche Wohlstand eines Volkes auch vom körperlichen abhängt, bezw. die allgemeine Gesundheit einer Nation in der Kapitalstärke und Kaufkraft der breiten Volksschichten beruht. Es bedarf wohl keines Hinweises, daß gerade dadurch die kleinen europäischen Staaten, wie die Schweiz, Dänemark und Skandinavien, ja selbst Finnland einen relativ höheren Kulturgrad aufzuweisen haben als die europäischen Großstaaten.

Daß die Auslandgruppen in erster Linie stets auf die Rohstoffe liefernden Staaten beschränkt werden, um diese und Halbfabrikate zu möglichst wohlfeilen Bedingungen einzuführen und Fertigfabrikate exportieren zu können, bedarf keiner näheren Begründung, wie sich die Prager Mustermessen auf diese Art stets bemüht haben, gerade dadurch eine Vollbeschäftigung der Arbeiterschaft in die Wege zu leiten und absatzhindernde Wirtschaftskrisen hintanzuhalten.

Wieviel für die Kreditwürdigkeit des Unternehmers noch in dieser Hinsicht in der Slovakei und Karpathorußland geschehen muß, um durch rasche Regelung von Angebot und Nachfrage auf den Messen auch daselbst die nicht zuletzt wegen der mangelnden Transversalbahnen unerquicklichen Wirtschaftsverhältnisse zu konsolidieren, ist hinlänglich bekannt und es erwächst den czechoslovakischen Messen gerade hierzu eine äußert wichtige Aufgabe.

Anknüpfung von Geschäftsverbindungen.

Nennung der Firma erfolgt unter Vorauszahlung von 1,— zł.

Rheinländische Firma sucht Vertreter für Heizungsrohrschellen, Radiatorkonsolen und Halter, Heizungsrohrhülsen, Wasser- und Gasrohrhaken und -schellen jeder Art.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt und Verlag: Dr. Alfred Gawlik, (Katowice). — Verlag: „Hermes" Sp. z. z. ogr. odp., Katowice. — Druck: Kattow. Buchdr.- u. Verl.-Sp. Akc. Katowice.